
Am Ende des Dritten Weges: Abkehr vom wirtschaftspolitischen Liberalismus?

Boris Vormann

Zusammenfassung

Die USA sind als liberaler Staat gegründet worden und gelten bis heute als Wegbereiter westlicher Werte. Mit der Regierung um Donald Trump übernahmen jedoch antiliberalen Kräfte die Führung des Landes. Die Gründe hierfür sind vielschichtig, allerdings muss das Phänomen Trump als eine grundlegendere Verschiebung in der Politik verstanden werden – eine immanente Krise des Liberalismus’.

Schlüsselwörter

Anti-Liberalismus · Donald Trump · Krise · Politik USA · Autoritarismus

B. Vormann (✉)
Berlin, Deutschland
E-Mail: boris.vormann@fu-berlin.de

1 Im Land der Freien¹

Die Vereinigten Staaten sind in Ihrer Geschichte oft als Wiege des bezeichnet worden. John Locke und Alexis de Tocqueville gelten vielen als Urvertreter dieser These eines amerikanischen Exzeptionalismus', der heute zum Kernbestandteil des nationalen Selbstverständnisses geworden ist.² Wie konnte es in einem solchen Kontext dazu kommen, dass antiliberale Kräfte das höchste Staatsamt einnehmen? Was ermöglichte es einem Mann wie Donald Trump, der im Wahlkampf am rechten Rand polemisierte, im Land der Freiheit zum Staatsoberhaupt gewählt zu werden?

Erklärungen dafür gab es nach dem 8. November 2016 viele. Manche wiesen auf die Polarisierung der Gesellschaft und der Medien, welche die politische Mitte gespalten und einem Außenseiterkandidaten Auftrieb gegeben hätten. Andere hoben den Sexismus gegenüber Hillary Clinton hervor, welcher der ersten Frau den Eintritt ins Weiße Haus verwehrt hätte.³ Andere wiederum betonten einen Rechtsruck in der Bevölkerung und, allgemeiner, eine Frustration mit den politischen Eliten in Washington.

Alle diese Interpretationen sind nicht falsch. Das Phänomen Trump muss jedoch als eine grundlegendere Verschiebung in der Politik gesehen werden, welche sich nicht auf diese Einzelfaktoren und auf die USA allein reduzieren lässt. Vielmehr beobachten wir eine immanente Krise des Liberalismus', die sich über nationalstaatliche Kontexte in Nordamerika und Europa hinweg erstreckt. Dieser Dritte Weg, die letzte Inkarnation des Liberalismus' seit dem Ende des Kalten Krieges, ist jedoch zur Sackgasse geworden. Der liberale Konsens, der mit dem Fall der Berliner Mauer und dem vermeintlichen Ende der Geschichte besiegelt schien, bricht wieder auf, womit auch der Gesellschaftsentwurf nordatlantischer Demokratien neu verhandelt wird. In dieser Krise des liberalen Demokratiemodells gewann Trump die Wahl nicht *obwohl*, sondern *weil* er gegen den Liberalismus aufbegehrte.

¹Der Autor dankt Jonas Pentzien sowie den Herausgebern und den an diesem Projekt beteiligten Mitarbeitern der Universität Passau für die Unterstützung bei der Fertigstellung des Manuskripts.

²Die Werke von Louis Hartz (1955) und Seymour Martin Lipset (1997) sind sehr prominente Beispiele für diese Wahrnehmung, die jedoch auch in Teilfeldern der Politikwissenschaftlichen Einzugs erhalten hat, bspw. in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung oder der Literatur zu den *Varieties of Capitalism* (VoC). Siehe zur kritischen Einordnung des Exzeptionalismus-Begriffs Fluck (2015) sowie Vormann (2016).

³Naomi Klein hat in einem viel beachteten *New York Times*-Artikel darauf verwiesen, dass diese Lesart der Niederlage Clintons problematisch ist, weil sie den Blick auf eine tatsächliche Kritik der Politik Clintons verstellt (2016).

2 Der liberale Konsens

Der Dritte Weg war ein Versuch, eine beste aller möglichen Welten zu schaffen. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und in scheinbarer Ermangelung an Systemalternativen, versuchten verschiedene Regierungen auf beiden Seiten des Atlantiks – unter Bill Clinton in den USA, Tony Blair in Großbritannien und Gerhard Schröder in Deutschland – einen politischen Konsens zu schmieden, der vor allem in der Mitte der Gesellschaft mehrheitsfähig sein sollte. Die Devise war der Pragmatismus; ideologische Grabenkämpfe wollte man überwinden. Die Globalisierung sei unvermeidbar und bringe Sachzwänge, die eine gewisse Art der Politik nun einmal notwendig machten. So schwenkten die Mitte-links Parteien in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nach rechts.

Den linken Flügeln der Parteien wurde dagegen mit einer offeneren Identitätspolitik entgegengekommen. Die These der reflexiven Modernisierung, wie sie Ulrich Beck (1986) und Anthony Giddens (1994) prägten, war hier von Bedeutung, da sie dem Narrativ der Globalisierungszwänge eine zusätzliche identitätspolitische Dimension verlieh (Harris 2003, insb. Kap. 5). Offene Märkte und freie Gesellschaften, so das Credo, stünden in natürlicher Symbiose zueinander. Die wirtschaftliche Dimension des Liberalismus' – die Ausweitung der Märkte – und dessen politische Dimension – also Werte des Kosmopolitismus' und der nationalen und globalen Solidarität – schienen auf perfekte Weise vermählt.

Breite Mehrheiten konnten deshalb angesprochen werden, weil damit für jeden etwas angeboten zu sein schien. Sprachen der Wirtschaftsliberalismus und dessen Effizienzlogik die konservativen Lager in der Wählerschaft an, betonte man auf progressiver Seite den Multikulturalismus und die politischen Werte. Auch wenn die Politik des Dritten Weges selbstverständlich wegen unterschiedlicher politischer Kulturen und institutioneller Beharrungskräfte in Deutschland, in Großbritannien und in den USA sehr unterschiedlich ausfiel, lassen sich auf konzeptueller Ebene übergreifende Grundannahmen bezüglich der Globalisierung und ihrer Konsequenzen für nationalstaatliche Politik unterscheiden, die nun mit der Krise des liberalen Demokratie-Modells infrage gestellt werden.

2.1 Unausweichlicher Fortschritt

Die erste Grundannahme des Dritten Weges war, dass Globalisierung unausweichlich sei. Dieses Bild von Globalisierung als unvermeidliche Kraft speiste sich aus verschiedenen Diskursen und ist tiefer verankert, als nur in der triumphalen Politik

der 1990er Jahre. Im Kern basiert diese Idee darauf, dass die Triebkräfte der Globalisierung etwas von der Gesellschaft Losgelöstes, Äußeres seien. Dieses Verständnis des Marktes als eine externe Kraft, als ein Subjekt mit Eigenmotivation, findet sich bei den ersten liberalen Philosophen der Neuzeit und hat bis heute Bestand.⁴

Unausweichlich wirkt Globalisierung für viele auch deshalb, weil die erhöhte Mobilität von Gütern, Menschen, Kapital und Informationen, die man mit ihr in Verbindung bringt, größtenteils auf technologischem Wandel zu fußen scheint. Von der Eisenbahn zum Telegrafmasten, vom Container zur Computertechnologie: Innovationen in den Kommunikations- und Transporttechnologien erhöhen die Zirkulation und muten daher als die treibende Kraft der Globalisierung an. All das wirkt unpolitisch – und damit unumgänglich –, da technologischer Wandel als Folge unternehmerischer Genialität verstanden wird, nicht als Konsequenz staatlich-politischen Handelns – obwohl man ihn durchaus auch in letzterem Sinne verstehen könnte (Mazzucato 2015).

Es fällt bereits an dieser Stelle auf, dass die Beschreibung der Globalisierung aus dieser Perspektive mit dem normativen Wunsch des Wirtschaftsliberalismus übereinstimmt, den Markt zum Hauptinstrument sozialer Organisation zu machen. Besondere Zuspitzung erfuhr diese These bereits bei Joseph Schumpeter. Die Idee der schöpferischen Zerstörung ist dort schon mehr als Wirklichkeitsbeschreibung, nämlich Handlungsanweisung: Technologische Innovation und das Auf und Ab der Märkte brächten zwar mitunter negative gesellschaftliche Konsequenzen mit sich, aber der Staat müsse sich an den Takt des Marktes und der Innovation halten, möchte er nicht noch mehr Schaden anrichten (Schumpeter 1942).

Das Ausklammern des Staats sei auch deshalb wünschenswert, so die neoliberalen Autoren nach ihm (bspw. Hayek 2007 [1944]; Friedman 2002 [1962]), weil die Globalisierung der Märkte nicht nur unvermeidbar, sondern auch noch grundsätzlich positiv sei. Diese These ist letztlich eine Verschränkung zweier Argumente, die bereits angeklungen sind: Dass Wirtschaftsliberalismus und politischer Liberalismus zwangsläufig auch miteinander einhergingen. Offene Märkte

⁴Diese Logik, die auch schon Karl Polanyi (2001 [1944]) kritisch abhandelte, wirkt heute fast schon selbstverständlich und hat Eingang in die Umgangssprache gefunden, wenn beispielsweise von der „Reaktion der Märkte“ die Rede ist oder etwa davon, dass ein gewisser Sachverhalt „Turbulenzen in der Wirtschaft“ auslösen könnte. Sie ist angelegt in der Wahrnehmung der frühen Liberalen seit John Locke, die den Markt als ein Gegengewicht zum absolutistischen Staat definierten, ist reflektiert in der Annahme von Karl Marx man könne die Wirtschaft nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten beschreiben und nimmt ihren ersten Höhepunkt in der im frühen 20. Jahrhundert entstehenden Ökonometrie, die den Markt als etwas mathematisch Modellierbares und quasi-physischen Gesetzen Folgendes begriff.

und deren Ausdehnung in allen Lebensbereichen seien deshalb zu begrüßen, weil sie für Austausch sorgten und damit auch für Offenheit, Toleranz und Kosmopolitismus.⁵

Weltoffenheit, Toleranz und Multikulturalismus wurden deshalb auch in der Praxis des Neoliberalismus immer als unhinterfragter Grund für die gute, weil unumgängliche, Expansion der Märkte genannt. Die Bedeutung der Theorie des demokratischen Friedens unter der Ägide George W. Bushs als Hoffnung auf vernünftig-friedvolle Zusammenarbeit zwischen Marktwirtschaften, ist ein prägnantes Beispiel der letzten Jahre für dieses Denken, aber es findet sich auch in Clintons Sozialpolitik oder Obamas globaler Symbolpolitik. Dass offene Märkte auch offene Gesellschaften bedeuten würden, zieht sich als Idee wie ein roter Faden durch das 20. und frühe 21. Jahrhundert. Wie genau aber Märkte zu Hause und international für politische Freiheit und für mehr Demokratie sorgen sollten, wurde in all der Zeit weder im europäischen noch im nordamerikanischen Kontext ganz klar.

2.2 Alternativlosigkeit

Es wäre falsch, die Unausweichlichkeit und das Heilsversprechen der Märkte als Alleinstellungsmerkmale des Dritten Weges darzustellen, auch wenn sie dort eine besondere Zuspitzung erfuhren. Bill Clintons globalisierungsbejahende Politik oder allgemeiner die Rede von der Alternativlosigkeit, erinnern stark an die Logik früherer Formen des Liberalismus', welche das gesellschaftliche Wohl nicht

⁵Auch diese Idee des zivilisatorischen Fortschritts durch Austausch und Wettbewerb ist nicht ganz neu. Die Künste und die wirtschaftliche Entwicklung seien erst dann möglich, wenn ein Staat für Ordnung und Eigentumsrechte sorgte, insistierten bereits die liberalen Denker der Aufklärung. Adam Smith trieb dieses Argument auf die Spitze, als er den historischen Fortschritt der mediterranen Region auf die niedrigen Transportkosten durch Seehandelswege und damit auf die Ausweitung der Märkte zurückführte (Smith 2003 [1776], S. 30 ff.). Dieses normative Argument für Globalisierung wurde zusätzlich durch das aufklärerische und emanzipatorische Ideal der Zivilgesellschaft gestärkt, die sich im 18. Jahrhundert gegen den Absolutismus auflehnte – und deren Vision einer bürgerlichen Gesellschaft eng mit der Idee des freien Marktes verbunden war. Ganz ähnliche Ideen hielten sich auch im 20. Jahrhundert, als man nach dem Weltkrieg den Markt als Bollwerk gegen den totalitaristischen Staat entwarf, der ganz nebenbei noch zu Effizienzsteigerungen führen und eine übermäßig rigide Staatsbürokratie abschaffen würde (Hayek 2007 [1944]; Friedman 2002 [1962]).

minder in der Liberalisierung der Märkte sah. Der bereits angesprochene Joseph Schumpeter beispielsweise begriff den Markt ebenso als unausweichlich und dessen Logik als absolut und imperativ.

Was jedoch im Kontext der letzten 40 Jahre durchaus neu erscheint, ist die Idee der Alternativlosigkeit einer bestimmten Politik. Adam Smith verwendete ein ganzes Buch darauf, bestimmte Grundaufgaben des Staats beispielsweise zur nationalen Verteidigung, zur Finanzierung des Justizapparats oder zum Bau von Infrastrukturen zu erläutern (Smith 2003 [1776]). Selbst Milton Friedman, die Galionsfigur des Neoliberalismus', wies dem Staat in der Bildungspolitik und im Sozialwesen noch eine gewisse Rolle zu (Friedman 2002 [1962]). Im Dritten Weg, der rückblickend betrachtet nichts Anderes war als das Aufspringen der sozialdemokratischen Parteien auf den neoliberalen Zug, wird der Staat als Hemmnis schlechthin begriffen, der dem Markt in allen Belangen unterlegen ist.

Unter Verweis auf die historische Notwendigkeit, bekräftigt vom Ende des Kalten Kriegs und dem Niedergang real existierender sozialistischer Staatsformen, setzte sich der Glaube auf beiden Seiten des politischen Spektrums durch, dass nur eine Form der ökonomischen und politischen Organisation sinnvoll sei. Das Ende der Geschichte (Fukuyama 1992) und der wahrgenommene Mangel an Systemalternativen schien jede Debatte über die Art der Politik überflüssig zu machen.

Weil Globalisierung unausweichlich sei und grundsätzlich wünschenswert, gäbe es daher *notwendigerweise* auch nur eine Möglichkeit, damit umzugehen. Diese Logik des Sachzwangs hatte eine politisch-instrumentelle Dimension: Politiker konnten auf sie verweisen, um in liberalen Demokratien unbeliebte politische Projekte wie Kürzungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik oder die Privatisierung der Bildung umzusetzen. Unter dem Banner der Effizienz und der individuellen Freiheit wurden öffentliche Güter zum Neuland, das es für den privaten Sektor zu erobern galt. Dieses Einheitsdenken – in Frankreich spricht man von der *pensée unique* – suchte das Wohl von Gesellschaften einzig in einer Öffnung und Ausweitung der Märkte – und verband dieses stark normative, äußerlich oft jedoch neutral-technisch wirkende, Projekt mit der Vision einer kosmopolitischen, offenen Gesellschaft, womit man auf den bereits skizzierten Denktraditionen aufbauen konnte.

Diese Politik des Konsenses lässt sich in Ländern auf beiden Seiten des Atlantiks nachzeichnen. *Innenpolitisch* umfasste sie die Schrumpfung des Staates durch Austeritätspolitik und fiskalischen Konservatismus, durch die Privatisierung öffentlicher Güter und die Deregulierung von Arbeits-, Finanz-, Gesundheitsmärkten bei gleichzeitiger Verantwortungsverlagerung für ihr gesellschaftliches und berufliches Leben auf Individuen (Peck 2010; Blyth 2014).

Außenpolitisch forcierte man die Ausweitung des Freihandels, der zugleich auch durch seine Verflechtungen und gegenseitigen Verpflichtungen für demokratischen Frieden unter rational agierenden Staaten sorgen sollte.

Am deutlichsten erkennen wir diese Politik der Alternativlosigkeit in den USA, wo spätestens seit Ronald Reagan eine klare Kontinuität zu erkennen ist. Sicherlich haben die Mitte-links-Parteien Clintons, und auch jene Blairs und Schröders versucht, der gesellschaftlichen Entwicklung unter den Vorzeichen der Globalisierung einen sozialdemokratischen Anstrich zu verleihen und die Abwicklung öffentlicher Güter, wenn nicht aufzuhalten, dann doch wenigstens zu verlangsamen. Deshalb lassen sich auch tatsächlich verschiedene Phasen des neoliberalen Projekts in nordatlantischen Staaten erkennen (Brenner et al. 2010). Dies wiederum ändert jedoch nichts daran, dass Clinton mit seiner Sozialhilfereform (PROWRA) und Schröder mit der Agenda 2010, um nur zwei Beispiele zu nennen, das gleiche neoliberale Projekt vorantrieben, das nun zur Krise liberaler Demokratien geführt hat.

3 Zur Krise

Trump und der Brexit sowie die Renationalisierung in mehreren kontinental-europäischen Ländern zeigen, dass sich breite Teile der Bevölkerung vom neoliberalen Konsens abgewendet haben. Globalisierung wird nicht mehr grundsätzlich als unausweichlich und notwendigerweise gut gesehen. Sie verschärft Ungleichheiten und löst Abstiegsängste aus, wodurch auch die pragmatisch-notwendige Politik des Dritten Weges, die alternativlose Politik des *Establishments*, ihre Legitimität verliert.⁶

Donald Trump gewann die Wahl gegen Hillary Clinton zum einen, weil er die arbeitslosen und zukunftsängstlichen weißen Bevölkerungsschichten im Rostgürtel mobilisieren konnte – genau die also, denen die Politik des Dritten Weges zum Nachteil gereichte.⁷ Das Bild des Trump-Unterstützers als älterer, schlecht gebildeter, weißer Mann ist daher nicht ganz falsch, wenn auch sicherlich überzeichnet. Trump siegte aber auch, weil Clinton selbst ihre Wählerschaften in den

⁶Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian Lammert in diesem Band.

⁷In den sogenannten Exit Polls zeigt sich das sehr deutlich. Jene, die ihre finanzielle Situation zum Zeitpunkt der Wahl als schlechter, als noch vor vier Jahren beurteilten, wählten zu 77 % Trump. Ein Drittel der Befragten ging davon aus, die nächste Generation der US-Amerikaner würde schlechter gestellt sein als die heutige. Davon wiederum wählten 63 % Trump (CNN 2016).

strategisch wichtigen Einzelstaaten nicht in ausreichender Zahl an die Urnen brachte. Bei Studierenden, bei Minderheiten und bei großen Teilen der Mittelschicht schien dies vor allem der Fall zu sein, weil sie keine überzeugende Abwendung vom Dritten Weg artikulieren konnte. Ihr Linkskurs während des Parteikonvents war für viele lediglich ein Lippenbekenntnis, das im Widerspruch zu ihrer Politik und ihrer Rhetorik in engeren Zirkeln stand.⁸

Dass es sich außerdem bei Trump-Unterstützern nicht einfach nur um xenophobe Nationalisten handelt, zeigt sich allein schon daran, dass Syriza in Griechenland, Occupy Wall Street in den USA und Podemos in Spanien als progressives Gegenstück zum globalen Trumpismus begriffen werden können. Auch diese Gegenbewegungen auf der Linken zeugen von einem Aufbegehren in der Abstiegs-gesellschaft (Nachtwey 2016) und von einer Krise des Liberalismus'. Es ist wichtig, auch die fast zeitgleichen Parallelen mit dem Brexit und der Renationalisierung in anderen Kontexten aufzuweisen, weil sich daraus schließen lässt, dass es sich hierbei um strukturelle Tendenzen handelt, die den einzelstaatlichen Kontext übersteigen. Trumps Erfolg ist daher kein plötzlicher Unfall, sondern vielmehr das Resultat längerfristiger Entwicklungen. Seinen Erfolg kann man als Teil einer breiteren Gegenbewegung im Sinne Karl Polanyis verstehen, wie im Folgenden ausgeführt wird.

3.1 Trumpismus als Gegenbewegung

Karl Polanyi ging es in seinem Hauptwerk *The Great Transformation* um die Grenzen des Marktes im späten 19. Jahrhundert (2001 [1944]). Sein Argument in einem nicht ganz unähnlichen Kontext wirtschaftlicher und ökologischer Krisen

⁸Zwar gab es beim Parteikonvent noch eine symbolische Geste in Richtung des progressiven Flügels. Bernie Sanders, der im Vorwahlkampf selbst tatsächlich eine Alternative zum Dritten Weg formulierte, segnete die Parteiplattform als progressivstes Programm der Geschichte der Demokraten ab. Aber dieser kurzlebige Linkskurs Clintons blieb für viele unglaubwürdig, nicht zuletzt, weil sie sich in anderen Kreisen gegenteilig, nämlich als Verfechterin des Freihandels, bekannte, wie von Wikileaks zugänglich gemachte Dokumente schon während des Wahlkampfes bezeugten. Dazu kam mit der Benennung des konservativen Tim Kaines zum Vizepräsidentenskandidaten und mit Kampagnen in konservativen Battleground-Staaten kurz vor der Wahl ein Rückzieher vom eigentlich angedeuteten Linkskurs.

und großer Ungleichheiten war, dass die Entfesselung der Märkte bei bestimmten Gütern zur Unterminierung der Gesellschaft führen würde. Laut Polanyi können sich Märkte nicht aus dem sozialen und politischen Kontext herauslösen, in dem sie artikuliert werden. Was er damit meint, ist, dass nicht alle Güter gleichermaßen privatisiert werden können.

Insbesondere wenn Geld, Land und Arbeit zur Ware werden – er nennt diese *Fictitious Commodities* –, stünden Gesellschaften vor einem Problem. Denn arbeitende Menschen sind zugleich meist Familienmitglieder, Geld ist nicht nur Kapital, sondern auch Tauschmedium und Land ist nicht nur Rohstoff, sondern ebenso Natur. Diese Grundfesten der Gesellschaft werden vom Zirkulationsprozess aufgezehrt, wenn sie zu Waren werden. Bürgerliche Gesellschaften, die den Rahmen für die Entstehung abstrakter Märkte erst schafften, werden im Zuge dessen daher selbst zu Marktgesellschaften, deren politische Interessen nun nur noch in der Sprache der Märkte ausgedrückt werden könnten. Der Gemeinschaftssinn wird von den Privatinteressen Einzelner verschlissen.

Neben dieser Fragmentierung der politischen Gesellschaft durch den Markt ist ein zweiter Kerngedanke Polanyis hier von Belang, der die Rolle des Staats betrifft. Polanyi betont nämlich, wie die Nationalökonomie erst vom Staat erschaffen wurde und keineswegs die einfache Ausweitung herkömmlicher Marktplätze darstellte. Die Idee eines selbstregulierenden Marktes ist deshalb für ihn ein Mythos, denn es brauchte immer schon den Staat, um die notwendigen Rahmenbedingungen für das Funktionieren von Märkten zu schaffen und zu erhalten. Versuche, den Staat einzudämmen und Märkte in allen Sphären des politischen Lebens auszuweiten, müssten deshalb zwangsläufig zum Scheitern verurteilt sein.

Damit konnte Polanyi erklären, warum sich zur Marktgesellschaft eine Gegenbewegung bildete, die Reformen und Alternativen forderte. Je freier also die Märkte, je größer die scheinbare Loslösung aus den gesellschaftlichen Kontexten, desto gefährdeter in Polanyis Augen der soziale Zusammenhalt und desto größer die antithetische Gegenbewegung. Polanyi zeigte damit, warum die Mobilisierung in verschiedenen Gesellschaften gleichzeitig stattfand und nicht nur in einem einzelnen nationalstaatlichen Kontext, denn Märkte reichen anders als innenpolitische Dynamiken über Staatsgrenzen hinaus.

Auch heute ist die Gegenbewegung, ähnlich wie bei Polanyi, keine Folge einer analytischen Einsicht. Es gibt kein revolutionäres Subjekt, das plötzlich ein neues Bewusstsein über seine politische Position erlangt hätte und damit politisch handlungsfähig geworden wäre. Es handelt sich vielmehr um national ausgestaltete Reaktionen auf die politische Praxis und gesellschaftliche Realität des Dritten Weges. Interessanterweise sind es deshalb genau genommen auch

nicht die unmittelbaren Verlierer der Globalisierung, die Trump wählten.⁹ Es sind jene, die Angst vor dem Abstieg hatten – also jene die vor der Politik des Dritten Weges noch von den wirtschaftspolitischen Arrangements profitiert hatten.¹⁰

Es mag sich in den USA bei der Wahl Trumps zwar auch um einen weißen Backlash gegen Obama handeln, aber eben nicht nur oder nicht einmal vorrangig, denn sonst blieben die Parallelbewegungen in Europa unerklärbar. Wenn man diese strukturellen Ursachen näher betrachtet, wird klar, dass der Wirtschaftsliberalismus die politischen Werte und Hoffnungen des Liberalismus' unterminiert und delegitimiert hat. Die Gegenbewegungen, die wir heute sehen, sind Antworten auf den Konsens des Dritten Weges. Die Ausweitung der Märkte in allen Politikbereichen – von Infrastruktur zu Gesundheit, von Bildung zu Sozialpolitik – hat, unter dem Vorwand der Alternativlosigkeit, für massive Ungleichheiten gesorgt und öffentliche Güter im Markt aufgelöst. Trump hat es nun als einer der ersten verstanden, aus dem Scheitern des Dritten Weges politisches Kapital zu schlagen.

3.2 Die Unterwanderung des öffentlichen Guts

Mit Blick auf den Neoliberalismus der letzten vier Jahrzehnte spricht Jamie Peck in Anlehnung an Polanyi von einem steten Vorwärtsfallen: Die Entfesselung der Märkte müsse auch in der Gegenwart scheitern, denn sie seien in der Gesellschaft eingebettet und hingen vom Staat ab (2010). Die US-amerikanische Gesellschaft hat zwar ein besonderes Verhältnis zu Staat und Markt. Ungleichheiten sind dort grundsätzlich akzeptabler, solange die soziale Mobilität gewährleistet ist. Nach vier Jahrzehnten der Kürzungen im Bildungswesen, in der Infrastruktur- und in der Sozialpolitik scheint jedoch dieser Aufstieg, ja sogar die bloße Teilhabe am öffentlichen Leben, für viele nicht mehr zu verwirklichen (Brown 2015). Der amerikanische

⁹Laut den Exit Polls wählten 53 % der Menschen mit Jahreseinkommen von unter 50.000 US\$ Clinton – und das deutlich vor Trump, für den in dieser Kategorie nur 41 % stimmten. Entscheidend ist vor allem die Gruppe mit Jahreseinkommen von 50.000–99.999 US\$, die mit 49 % zu 46 % Trump gewählt haben (CNN 2016).

¹⁰Räumlich gesprochen sind das Bevölkerungsgruppen im Rostgürtel, dem ehemaligen Herzstück der US-amerikanischen Industrie und dort vor allem weiße Menschen, sowohl Männer als auch Frauen. Zu der Abwendung der Arbeiter von der Demokratischen Partei, zum Verlust der eigentlichen Stammwählerschaften also, gesellt sich angesichts der Aushöhlung öffentlicher Güter eine Politikverdrossenheit der Studierenden und der Minoritäten.

Traum ist für große Teile der Bevölkerung geplatzt, während die Idee der Mittelstandsgesellschaft sich als unhaltbarer politischer Mythos entpuppt.

Natürlich ist Trumps Politik auch nationalistisch. Sie kokettiert mit der Ultrarechten, hat deren Agitatoren mit Stephen Bannon und Sebastian Gorka sogar prominente Rollen in der eigenen Regierung zugewiesen. Dass Trump im Wahlkampf keinen Abstand von David Duke, einem ehemaligen Anführer des Ku Klux Klan einnahm, spricht ebenso Bände über dieses Spiel mit dem Feuer. Zudem hat Trump die Abstiegsängste von Teilen der Bevölkerung strategisch durch Ängste vor Terrorismus und überzeichnete Bedrohungsszenarien von Innen und Außen angeschürt. Aber der Nationalismus birgt neben dieser Abkehr vom Außen natürlich auch für einige der Trump-Unterstützer, die man nicht als rechtsnational einstufen kann, ein emanzipatorisches Versprechen, nämlich das der Nation als Solidaritätsgemeinschaft.

In seinem Wahlkampf machte er sehr klar, dass Wirtschaftsliberalismus und Globalisierung eben *nicht* im Interesse aller seien. Daraus leitete er die Notwendigkeit einer neuen protektionistischen Wirtschaftspolitik ab und pochte auf den Austritt aus Freihandelsabkommen oder zumindest auf deren Neuverhandlung. Hinzu kam die Forderung nach der Reindustrialisierung der Vereinigten Staaten durch Strafzölle auf ausländische Unternehmen sowie eine auf den ersten Blick neokeynesianisch anmutende Infrastrukturpolitik. All das steht im diametralen Widerspruch zum politischen Konsens der letzten vierzig Jahre und erhöht das Prinzip der Nation über das des Globalismus’.

Nicht ohne Grund also die Anspielungen Trumps auf die Nachkriegszeit und den nationalen Kompromiss zwischen Arbeitern und Kapital. Die Rückholung verarbeitender Industrien (*manufacturing*) ist zum Symbol dieser nationalen Nostalgie geworden und Trump wusste jene für sich zu nutzen.¹¹ Allerdings ist dieses Liebäugeln mit dem Fordismus in einem ganz entscheidenden Punkt keine Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat der 1950er und 1960er Jahre – ganz unabhängig davon, ob eine solche überhaupt möglich wäre. Der Gesellschaftsentwurf Trumps enthält keine Idee einer sozialen Staatsbürgerschaft (Marshall 2009 [1950]), wie sie noch den Kern des Fordismus ausmachte. Denn von einer Bereitstellung öffentlicher Güter (wie Bildung, Mindestlöhne, etc.) als bürgerliches Recht ist keineswegs die Rede. Im Gegenteil: Die weitere Privatisierung von sozialen Gütern bei gleichzeitigem Ausbau des repressiven Staatsapparates und eine Militarisierung der Polizei

¹¹Vgl. hierzu den Beitrag von Michael Oswald in diesem Band.

wirken angesichts der Benennungen im Regierungskabinett, des 100-Tage-Plans und erster Amtshandlungen als eigentliche Marschroute des Trumpismus. Die Solidaritätsbekundungen gegenüber sozial Schwächeren während der Wahlkampfzeit erschienen deshalb schon vor dem Amtsantritt als leere Versprechungen.

4 Alternativen zur Alternativlosigkeit

Der Dritte Weg wurde in den 1990er Jahren zum geflügelten Wort, um einen überparteilichen und postideologischen Pragmatismus der Mitte zu bezeichnen. Dieser Konsens orientierte sich trotz sozialdemokratischer Lippenbekenntnisse in vielen Ländern an einer neoliberalen Politik der Märkte. Wir erleben eine Abkehr von axiomatischen Grundannahmen über die Globalisierung und von einer bislang alternativlos erscheinenden Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Widerstand gegen den liberalen Konsens wächst sich auf beiden Seiten des Atlantiks zu breiten Gegenbewegungen aus.

Es handelt sich bei dieser Krise des Liberalismus' um eine immanente Krise, die über Trump hinausweist. Die Ausweitung von Märkten in allen Lebensbereichen und Politikfeldern hat die Grundfesten von Gesellschaften in Nordamerika und Europa erodiert.¹² Der Triumph des Wirtschaftsliberalismus' hat die Werte des politischen Liberalismus unterwandert und ausgehöhlt. Die progressiven Reformen, die Karl Polanyi mit Blick auf das frühe 20. Jahrhundert beschrieb, waren *ein* mögliches Ventil zur Kanalisierung der Gegenbewegung. Aber heutige Gesellschaften müssen nicht zwangsläufig progressiv-reformistisch reagieren. Trump hat der Gegenbewegung im US-amerikanischen Kontext eine spezifische Stoßrichtung verliehen, die sich nicht mehr als liberal bezeichnen lässt. Wenn sie auch die Privatisierungs- und Deregulierungspolitik des Neoliberalismus' auf neue Höhen treibt, wendet sie sich neo-nationalistisch und anti-liberal endgültig von den politischen Grundideen des Dritten Weges ab.

Der politische Liberalismus, der als Legitimationsbasis der alternativlosen Wirtschaftspolitik des Dritten Weges diente, steht mit der Abkehr von der Globalisierung ebenso zur Disposition. Die Idee der offenen und toleranten Gesellschaft wird neu erfunden werden müssen, wenn politische Gemeinschaften an diesem

¹²Für eine differenzierte Analyse des Krisenverlaufs in den Einzelkontexten siehe Lammert und Vormann 2017.

Projekt der Aufklärung festhalten wollen. Das Problem – und die Chance – werden dabei sein, nicht auf die Sprache und die Grundannahmen der Politik der Alternativlosigkeit zurückfallen zu können. Politik wird demnach erneut als Gut an sich begriffen werden müssen, statt als Kollateralschaden wachsender Märkte.

Literatur

- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Blyth, M. (2014). *Wie Europa sich kaputtspart. Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik*. Bonn: Dietz.
- Brenner, N., Peck, J., & Theodore, N. (2010). Variegated Neoliberalization: Geographies, Modalities, Pathways. *Global Networks*, 10:2, (S. 182–222).
- Brown, W. (2015). *Undoing the Demos. Neoliberalism's Stealth Revolution*. Brooklyn: Zone, The MIT Press.
- CNN (2016). Exit Polls. <http://edition.cnn.com/election/results/exit-polls>. Zugegriffen: 7. März 2017.
- Fluck, W. (2015). American Exceptionalism: Ein Schlüssel zum amerikanischen Selbstverständnis. In C. Lammert, M.B. Siewert & B. Vormann (Hrsg.), *Handbuch Politik USA* (S. 15–28). Wiesbaden: Springer VS.
- Friedman, M. (2002 [1962]). *Capitalism and Freedom*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Fukuyama, F. (1992). *The End of History and the Last Man*. New York: Avon Books.
- Giddens, A. (1994). *Beyond Left and Right: The Future of Radical Politics*. Stanford: Stanford University Press.
- Harris, J. (2003). *The Social Work Business*. New York, NY and London: Routledge.
- Hartz, L. (1955). *The Liberal Tradition in America*. New York, NY: Harcourt.
- Hayek, F.A. (2007 [1944]). *The Road to Serfdom. Text and Documents. The Definitive Edition*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Klein, N. (2016). Trump Defeated Clinton, Not Women. *New York Times*, 16 (11).
- Lammert, C., & Vormann, B. (2017). *Die Krise der Demokratie und wie wir sie überwinden*. Berlin: Aufbau-Verlag.
- Lipset, S. M. (1997). *American Exceptionalism. A Double-Edged Sword*. New York, NY: W.W. Norton.
- Marshall, T. H. (2009 [1950]). Citizenship and Social Class. In J. Manza & M. Sauder (Hrsg.), *Inequality and Society* (S. 148–154). New York, NY: W.W. Norton.
- Mazzucato, M. (2015). *The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths* (Intro, Chapters 2, 4, 9, 10). New York, NY: Anthem Press.
- Nachtwey, O. (2016). *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Peck, J. (2010). *Constructions of Neoliberal Reason*. Oxford/New York, NY: Oxford University Press.
- Polanyi, K. (2001 [1944]). *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston: Beacon Press.

-
- Schumpeter, J. (1942). *Capitalism, socialism and democracy*. New York, NY/London: Harper.
- Smith, A. (2003 [1776]). *The Wealth of Nations*. New York, NY: Random House.
- Vormann, B. (2016). Urban Diversity: Disentangling the Economic and the Cultural Case. *New Diversities*, 17:2, (S. 119–129).